

Erkner – ungefiltert

Informationen der Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverordnetenversammlung Erkner
Nr. 2/2014 vom 28. März 2014

DIE LINKE.
Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

Die Wahlperiode geht zu Ende

Am 8. April 2014 findet die 30. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) in Erkner statt. Sie ist die letzte Sitzung dieser Wahlperiode, die über mehr als fünf Jahre lief. Das ist für uns LINKE Anlass, eine kurze Bilanz zu ziehen.

Unsere Wahlergebnisse lagen in den vergangenen Legislaturperioden immer zwischen 25 und 33 Prozent der abgegebenen Stimmen. Im September 2008 traten in Erkner 12 Frauen und Männer auf der Liste der LINKEN zur Wahl an. Mit unserer offenen Liste errangen wir sieben Mandate und waren damit in der Opposition, wie schon in den Legislaturen zuvor. An dieser Stelle bedanken wir uns recht herzlich bei allen Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern für die nicht immer leichte Arbeit, für die viele Freizeit, die sie für das Wohl der Stadt einsetzten.

Die SPD stellte mit 11, die CDU mit 3 und die FDP mit einem Mandat die weiteren Stadtverordneten in Erkner. Seit Beginn dieser Wahlperiode wurden wir das Gefühl nicht los, dass in der Mehrheitsfraktion SPD die Devise ausgegeben wurde: Kein Antrag der LINKEN darf durchgehen. Uns gegenüber herrschte ein regelrecht frustrierender Hass. Durch unsachliche bis falsche Faktendarstellungen wurden Stimmungen geschürt und Polarisierungen der Erkneraner Bevölkerung befördert. Im Gegensatz zu unserer Fraktion reichten die Anderen sehr selten eigene Anträge ein. Und selten gab es Fragen anderer Stadtverordneter. Bei unseren Anträgen und Anfragen in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung ging es immer um die Weiterentwicklung Erkners zu einer lebenswerteren, kulturell ansprechenden Stadt vor den Toren Berlins, in der alle gut leben und arbeiten können. Dabei spielten parteipolitische Aspekte eine nebensächliche Rolle.

Unsere Bilanz zeigt, dass wir trotzdem einige Erfolge erzielen konnten.

Verkehrs- und Lärmbelästigungen sind für Erkner ein großes, sicherlich noch wachsendes Problem. Die Lösung stand und steht im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Wir unterstützen Bürgerinitiativen gegen den Straßenverkehrs-, Bahn- und Fluglärm. Erkner ist durch unsere Aktivität wieder Mitglied in der Schutzgemeinschaft der Umlandkommunen am Flughafen Schönefeld. Ein Großteil der Bevölkerung wurde mit dem Volksbegehren für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr sensibilisiert.

Erkner unterstützt seit 2011 als freiwillige Leistung seine Vereine über eine von uns vorgeschlagene Vereinsförderrichtlinie. In der Stadt sind weitere freiwillige soziale Leistungen wie der Geburtenzuschuss, das Zuckertütengeld und der Sozialpass erhalten geblieben.

Es gibt kleine Fortschritte bei der Transparenz und der Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungen.

Am Ende einer Wahlperiode folgt die neue Wahl. DIE LINKE hat ihr Kommunalwahlprogramm bis 2019 einstimmig beschlossen. Eine soziale, wirtschaftliche, ökologische, finanzielle, demokratische und kulturelle Entwicklung Erkners steht auf unserer Agenda. Nachzulesen ist das im Internet unter www.linke-erkner.de. Es kann bei

uns schriftlich angefordert werden.



*Ursula Paape,
Vorsitzende
DIE LINKE. Erkner,
Gosen-Neu Zittau,
Kandidatin für
Stadtverordneten-
versammlung und Kreistag
Oder-Spree*

Engpass bei Kita- und Hortplätzen verlangt neue Anstrengungen

Der Ausschuss für Bildung, Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport, Kultur der Stadt Erkner hatte auf seiner letzten Sitzung am 17. März 2014 eine umfangreiche Tagesordnung.

Ein Schwerpunkt war die Fortschreibung der Kita-Bedarfsplanung der Stadt. In einer wissenschaftlichen Analyse zeigte Roland Fröhlich von der Brandenburgischen Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung Aufgaben für die kommende Legislaturperiode auf. Er schrieb den Verantwortlichen der Stadt ins Stammbuch, dass es kurz- und mittelfristig Handlungsbedarf gibt. Erkner hat mit der Kita „Wasserwichtel“ im Wohngebiet am Flakensee eine neue Einrichtung gebaut. Trotzdem fehlen in den nächsten Jahren – in der Spitze 2018/2019 – bei geringster Bevölkerungszunahme noch 75 Plätze. Sollten sich die Wunschnzahlen des Bürgermeisters im Bevölkerungszuwachs erfüllen, würden sogar in diesem Zeitraum 120 Kita-Plätze fehlen. Verschärfend kommt hinzu, dass die Hort-Kita „Koboldland“ in den kommenden Jahren saniert werden muss.

„Gefragt sind daher nach wie vor flexible und fehlertolerante Lösungen“, heißt es in den Planungsunterlagen. Sondergenehmigungen für eine Überbelegung der Kitas, wie in den vergangenen Jahren üblich, lehnen wir dabei strikt ab. Sie gehen zu Lasten der Qualität der Betreuung und führen zu einer Überlastung des Personals. Die Studie schlägt vor, die steigende Zahl der Hortkinder auf gemischte Kitas zu verteilen. Hierbei ist darauf zu achten, dass der Anteil der Hortkinder nicht mehr als ein Drittel umfassen sollte. Mit der Verteilung der Hortkinder auf die zugelassenen Kitas kann das Problem nicht allein gelöst werden. Die Plätze der 1- bis 6-jährigen sind bereits jetzt in fast allen Kitas gut belegt.

Die Idee, die Löcknitz-Grundschule zu einer Ganztagschule weiterzuentwickeln, ist bereits in Angriff genommen worden. Das sichert aber nicht den Rechtsanspruch eines Schulkindes auf einen Hortplatz bis zur 4. Klasse. Die Kinder der 5. und 6. Klassen können schon jetzt nicht versorgt werden.

Ein Rückgang der Kinderzahlen und damit eine sinkende Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen wird nach der Analyse erst nach 2020/22 erwartet. Es muss jetzt ein Konzept erarbeitet werden, das flexible und bedarfsdeckende Lösungen beinhaltet. Um einen Erweiterungsbau zur Kita Koboldland oder gar den Neubau eines Mehrzweckgebäudes wird die Stadt nicht umhin kommen.

Aktuell gefragt ist ebenfalls eine Regelung für die Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen. Gegenwärtig müssen sich Eltern, auch von noch ungeborenen Kindern direkt bei den Einrichtungen um einen Platz bewerben. Das führt zu vielen Wegen und Mehrfachanträgen. Die versprochene Abstimmung am Tisch der Stadtverwaltung findet nicht regelmäßig oder zu spät statt. Da werden bereits vor den Abstimmungen Absagen an die Eltern verschickt und im Rathaus wird mit den Schultern gezuckt, wenn verzweifelte Eltern Unterstützung suchen. Versorgt wird schon jeder – nur wo, das ist oft die Frage.

Die Fraktion DIE LINKE wird sich in der neuen Legislaturperiode der SVV schnell mit einer neuen Kitasatzung beschäftigen müssen, die durch

Gerechtigkeit und Transparenz gekennzeichnet sein wird.



Rita-Sybille Heinrich,
Kandidatin für die
Stadtverordnetenversammlung
und den Kreistag
Oder-Spree

Impressum

Erkner – ungefiltert – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner, V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, Fraktionsvorsitzende, Telefon: 574 7003
Redaktionsschluss: 28. März 2014
Druck: YesPrint e.K., Köln; Auflage: 5 000 Stück
E-Mail: kontakt@linke-erkner.de
Internet: www.linke-erkner.de

Kinderschutz ist Zukunftssicherung

In der Literatur gibt es viele kluge Sprüche, die sich mit dem Thema Kind beschäftigen. Johann Wolfgang von Goethe formulierte meinen Lieblingsspruch: „Man könnte erzogene Kinder gebären, wenn die Eltern erzogen wären.“ Und der Schweizer Lebenskünstler Alfred Selacher resümiert: „Wer unsere Kinder drangsaliert, sabotiert unsere Zukunft.“

Der Sozialausschuss der Stadt Erkner befasste sich am 17. März 2014 mit der hiesigen Lebenswirklichkeit von Kindern und Erwachsenen, wie sie im Kinderschutzbericht des Landkreises vom August 2013 dargestellt sind. Auf 46 Seiten, die unter www.landkreis-oder-spree.de nachzulesen sind, findet man die konkreten Ergebnisse. Sie sind kein Ruhmesblatt für den Sozialraum Erkner, zu dem auch Woltersdorf, Schöneiche, Grünheide und das Amt Spreehagen gehören. In diesem Bereich lebten im Jahr 2012 genau 6 865 Kinder unter 18 Jahren.

Leider geht es nicht allen hier gut. Es wurden insgesamt 81 akute und latente Gefährdungen des Kindeswohls dem Jugendamt durch Kinder-einrichtungen und -ärzte, durch die Polizei und durch Privatpersonen gemeldet. Im Sozialraum Erkner kamen die gefährdeten Kinder zu 40 Prozent aus Haushalten alleinerziehender Mütter und zu 27 Prozent aus Haushalten mit beiden Elternteilen, heißt es im Bericht. Schwerpunktmäßig waren Kinder im Alter zwischen 6 und 12 Jahren betroffen. Im Raum Erkner wurde in der Mehrzahl der Fälle seelische Gewalt gegenüber den Kindern ermittelt. An zweiter Stelle kam körperliche Gewalt, gefolgt von der Verletzung der

Fürsorge- und Aufsichtspflicht. So beschreiben Jugendamtsmitarbeiter aus Fürstenwalde die Situation.

Eine Aufgabe aller künftigen Stadtverordneten im Westkreis wird es deshalb sein, den Kinderschutz zu stärken. Sicherlich muss dazu Geld in die Hand genommen werden. In China sagt man: „Wer Geld, aber keine Kinder hat, ist nicht wirklich reich; wer Kinder hat, aber kein Geld, ist dagegen nicht wirklich arm.“

Deshalb lautet eine Schlussfolgerung des Jugendamtes, gesellschaftliche Probleme wie z.B. Armut oder Unterstützungsbedarfe von Alleinerziehenden sollten mehr beachtet werden.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass das Bündnis für Familie, die Initiative „Frühe Hilfen“ sowie weitere vorhandene Beratungs- und Hilfsangebote koordiniert und besonders auf die präventive Arbeit ausgerichtet werden.

Die gewählten Volksvertreter und die Verwaltungen in unserem Sozialraum müssen deshalb stets Antworten auf die folgenden Fragen suchen:

- Wie sehen Zugangsbedingungen zu den Angeboten aus? Wer nutzt diese tatsächlich?
- Wo sind die Angebote angegliedert?
- Welche Bedingungen müssten geschaffen werden, um Zugangsschwellen zu verringern?
- Sind die Angebote allen bekannt?
- Welchen Effekt haben die Angebote?



Dr. Elvira Strauß,
Vorsitzende des
Ausschusses für
Bildung, Soziales,
Jugend, Gleichstellung,
Sport, Kultur;
Vorsitzende der
Fraktion DIE LINKE,
Spitzenkandidatin
der LINKEN für die
Stadtverordnetenversammlung



30.4.2014, 14:15 Uhr: 15 Sek. Ruhe auch in Erkner

**Nächste Stadtverordnetenversammlung
mit Bürgerfragestunde:
8. April 2014, 18.30 Uhr, Rathaus**

Wie ernst meinen Sie's mit der Wahrheit?

Antwort auf einen Leserbrief von Marko Gürke, Vorsitzender der SPD Erkner

Der Vorsitzende der SPD hat in den vergangenen zwei Ausgaben des Kümmels DIE LINKE wiederholt, wenn auch indirekt, der Lüge bezichtigt. Er hat den LINKEN wörtlich „Profilneurosen, Verschwörungstheorien und Paranoia“ unterstellt.

Seine Erkenntnisse hat er offensichtlich bei seinem Besuch einer öffentlichen Parteiversammlung der LINKEN gewonnen, die er mit dem Ziel der offensichtlichen Provokation eine Woche vor der Veröffentlichung seines ersten Leserbriefs besucht hatte und dies, obgleich er dort auch noch freundlich und keineswegs feindselig empfangen wurde.

Ob es umgekehrt auch so gelaufen wäre? Zum Dank hagelt es nun seinerseits öffentlich üble und persönliche Beschimpfungen, die mindestens zwei Gründe haben könnten:

1. Bei der SPD Erkner liegen die Nerven blank!
2. Herr Gürke ist seinem Amt als Vorsitzender nicht gewachsen, denn sein Verhalten ist politisch stil- und instinktos. Denn mit der Wahrheit hat er tatsächlich so seine Probleme und nicht nur er, sondern auch Bürgermeister Kirsch, die erkennbaren Scharfmacher in der SPD-Erkner.

Beispiel gefällig:

Wer „Kümmels Anzeiger“ vom 22. März aufmerksam gelesen hat, konnte dort im Amtsblatt der Stadt Erkner eine Pächter-Ausschreibung für ein Restaurant mit Kiosk im Sportzentrum Erkner entdecken. Mit anderen Worten, „Kurt'chens“ hat offensichtlich die Segel gestrichen, und DIE LINKE hat es kommen sehen.

Mehrfach wurde bei Planung und Bau des Sportzentrums unsererseits – auch von mir persönlich – die vorherige Erstellung eines Betreiberkonzepts angemahnt, eines für Bauvorhaben dieser Größenordnung durchaus üblichen Dokumentes. Das Betreiberkonzept sollte gewährleis-

ten, dass sich das Center auch finanziell trägt und nicht – wie es sich jetzt abzeichnet – der Steuerzahler in ein Groschengrab investiert hat.

Es wurde angeregt, wesentlich bescheidener zu planen, um die Unterhaltungskosten des Sportzentrums niedrig zu halten. Frühzeitig wurde darauf hingewiesen, dass sich ein Restaurantbetrieb mangels

Nachfrage an dieser Örtlichkeit vermutlich nicht dauerhaft trägt. Die Stabhochsprunganlage wurde als überflüssig kritisiert, ebenso der Sprecherturm für einen Stadionsprecher.

Alle Bedenken wurden von der SPD und CDU-Mehrheit vom Tisch gewischt. Die Auslegung der SPD und des Bürgermeisters, die dann auch in verleumderischer Absicht

nach außen kommuniziert wurde: Die LINKEN sind gegen das Sportzentrum.

Herr Gürke, ist das die Wahrhaftigkeit, die sie einfordern und die sie offensichtlich in ihrer Partei als gegeben ansehen?

Wir appellieren auch an die Nutzer des Sportzentrums Erkner, bei der Bewertung der dortigen Vorgänge weniger auf die vermeintlichen Wahrheiten der einen Seite zu hören und der anderen Seite nicht per Se schlechte Absichten und Destruktivität zu unterstellen. Wer 25 Jahre nach

der „Wende“ noch plumpe ideologische und populistische Unterstellungen verbreitet, treibt einen Keil zwischen die Menschen und ist ein Gegner der Einheit.
*Frank Dahmen,
Kandidat für die
SVV auf der Liste
der LINKEN*



... Die in der vorliegenden Projekt- und Machbarkeitsstudie gezogenen Schlussfolgerungen sind nur teilweise richtig und erfordern eine wesentlich gründlichere und realistischere Betrachtung als bisher geschehen. Dazu wurde den Stadtverordneten bisher nicht ausreichend Gelegenheit gegeben. Dies gilt insbesondere für

■ die Ausführungen zur Notwendigkeit eines unabhängigen gastronomischen Betriebs, zur Ausübung des Kegelsports bzw. zur Durchführung des Veranstaltungsbetriebs und den Umfang der Sanierung der Außenanlagen, ... (siehe „Erkner – ungefiltert 1-2009“, www.dielinke-oder-spree.de/fileadmin/los/erkner/Erkner-ungefiltert_PDF/Erkner-ungefiltert_2009-01.pdf)